

# Kann die Demokratie den Kapitalismus zivilisieren?

Ein paar Gedanken zur Umsetzung der Demokratie-Thesen

**Anita Fetz**

Die Thesen zur ›starken Demokratie‹ sind eine prima Vision. Die Errungenschaften der modernen bürgerlichen »Proto-Demokratien« bestehen aber nicht nur im Prinzip des *one woman one vote*, sondern ganz entscheidend auch im Selbstverständnis, dass alle Menschen gleich viel wert sind und dass der Rechtsstaat die Minderheiten schützt. Das muss man heute leider wieder betonen. Denn die internationale Rechte hat mit ihrer dauernden ›Volks‹-Anrufung ein anderes Demokratiekonzept verbreitet, nämlich das der Diktatur der Mehrheit. Und ein Vorbehalt bleibt: Demokratien können sich auch selber demokratisch abschaffen!

Kaum ein Land hat eine so weitgehende direkte Demokratie auf allen Staatsebenen verwirklicht wie die Schweiz. Wir können mitbestimmen von der Gestaltung des Dorfplatzes bis zur ökologischen und sozialen Verantwortung der Konzerne, die ihren Hauptsitz in der Schweiz haben. Klar, die jeweiligen Gegner fortschrittlicher Vorlagen haben meist mehr Geld zur Verfügung, um den Abstimmungskampf zu führen. Doch mit Geld allein kann man keine Abstimmung gewinnen. Und ja, die Transparenz von Geldflüssen zur Beeinflussung von Parteien und Politikern braucht noch *drive*. Man darf gespannt sein, ob unsere Stimmberechtigten die entsprechende Volksinitiative annehmen. Auf jeden Fall haben wir in der Schweiz beneidenswert gute Voraussetzungen, um eine starke Demokratie auch auf andere Gebiete auszudehnen.

Zuerst ein Blick zurück, um zu beleuchten, warum die liberale Demokratie in vielen Ländern heute in der Krise ist.

## **Der kapitale Sündenfall und seine antidemokratischen Folgen**

Eine Zeit lang galt die westlich-liberale Überzeugung, Kapitalismus und Demokratie bedingten sich gegenseitig, als unbestreitbar. Nicht nur China liefert allerdings den Gegenbeweis. Unterdessen ändern sich auch die westlichen Gesellschaften von Grund auf. Aus den Aufstiegs Gesellschaften der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in denen sich die Chancengleichheit mittels Bildung und Ausbau des Sozialstaates ausgedehnt hat, sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts in vielen Ländern Gesellschaften geworden, in denen die Angst vor Abstieg und Prekarisierung dominiert. Viele der

sozialen Errungenschaften sind durch den Neoliberalismus eingeschränkt oder sogar abgeschafft worden. Die Ungleichheit ist vielerorts wieder so gross wie im *Fin de siècle* oder noch grösser. Das polarisiert und spaltet die Gesellschaften. In der Schweiz etwas weniger, obwohl auch hier die Reichen immer reicher werden. Denn hierzulande ist es immerhin gelungen, mit Mindestlöhnen und der Verteidigung der sozialen Errungenschaften das Schlimmste zu verhindern. Und das hat sehr viel mit der direkten Demokratie zu tun, die es erlaubt, mit Referenden Abbauprojekte zu stoppen und mit Initiativen neue Projekte aufzugleisen.

2011 wurde an der ETH Zürich eine Studie veröffentlicht, die viel erklärt, aber von den Medien kaum zur Kenntnis genommen worden ist (Battiston et al., 2011). Die Studie analysierte (basierend auf Zahlen von 2007) die Verflechtungen aller 43'060 damals in der Wirtschaftsdatenbank Orbis erfassten, international tätigen Unternehmen. Fazit: Alle befanden sich in den Händen von lediglich 147 Firmen, von denen die ersten 49 ausschliesslich Finanz- und Versicherungskonzerne waren. Die 147 globalen Konzerne kontrollierten 80% der weltweiten Geschäfte. Die Dimension dieser engen Verflechtung dürfte heute nicht viel anders sein. Dazugekommen sind die Monopole der US-amerikanischen und chinesischen Tech-Unternehmen. Diese Monopolkonzentration wurde möglich, weil Clinton, Blair und Schröder Ende der 90er-Jahre mithalfen, die Finanzmärkte zu deregulieren. Und zwar in der irrigen Meinung, damit das Wirtschaftswachstum zu erhöhen. Das Gegenteil war der Fall: Monopole be- oder verhindern den Wettbewerb grundsätzlich, und damit auch beschäftigungswirksames Wachstum. Das war der kapitale Sündenfall. Bis heute fehlt eine internationale Anti-Trust-Gesetzgebung, welche diese Monopole in Zaum zu halten vermag – geschweige denn bei Bedarf zerschlagen kann.

Dann kam die Finanzkrise. Die Menschen mussten zusehen, wie mit ihren Steuergeldern Banken auf der ganzen Welt gerettet wurden, weil sie *too big to fail* waren und es zum Teil immer noch sind. Allein in Europa wurden etwa 2 Billionen Euro (das sind 2000 Milliarden!) Steuergelder dafür eingesetzt. Die Folge waren Staatsverschuldungen, Sparprogramme und Abbau der sozialen Errungenschaften. Kaum einer der Banker wurde angeklagt. Wenn Politik derart brutal versagt, dann darf man sich nicht wundern, wenn viele Menschen sich von ihr ab- oder sich rechtspopulistischen Parteien zuwenden. Schon vorher war das kapitalistische Credo der Leistungsgesellschaft durch die unverschämten Boni vieler Manager desavouiert worden. Nun trat auch noch das kapitalistische Prinzip von Risiko und Haftung ausser Kraft. Zu alledem hatten die Bürgerinnen der westlichen Demokratien nichts zu sagen. Nichts!

In der Schweiz war es – nach der *Swissair* – die *UBS*, die per Notrecht und der Absicherung von 66 Milliarden Franken durch Nationalbank und

Bund über Wasser gehalten wurde. Die Entscheide konnten vom Parlament im Wesentlichen nur noch abgenickt werden. Der Kollateralschaden der Finanzkrise für die westlichen Demokratien war, ist und bleibt enorm. Die Finanzkrise zertrümmerte fundamental das Vertrauen in die Demokratie und spaltete die Gesellschaften, weil nur noch wenige von den Reichtümern profitierten, während sich das Leben für viele verschlechterte. Ein Ergebnis: Fast überall, wo die Sozialdemokratie mitregierte, verlor sie ihre Glaubwürdigkeit. Und zwar nachhaltig.

### **Das Trilemma: Demokratie – nationale Souveränität – Globalisierung**

Der Ökonom Dani Rodrik hat in seiner Analyse *Das Globalisierungsparadox* herausgearbeitet, welche Probleme eine hyperglobalisierte Wirtschaft den Demokratien bereitet. Und damit hat er auch das berühmte Erschrecken der Queen angesichts der katastrophalen Auswirkungen der Finanzkrise beantwortet. »*Why did nobody see this coming?*« fragte die Monarchin bei ihrem Besuch an der London School of Economics die versammelten Mainstream-Ökonomen. Diese blieben stumm, weil sie jahrzehntelang ihren Mathematik-Modellen mehr geglaubt hatten als der Wirklichkeit. Rodriks Trilemma-These zeigt anschaulich, dass eine starke Demokratie, die nationale Souveränität und die weltweite Turbo-Globalisierung nicht vereinbar sind. Entweder integrieren sich die Staaten in ein internationales Geflecht von Institutionen wie WTO, IWF etc. und schwächen damit die Demokratie – oder sie entscheiden sich für eine starke Demokratie und beteiligen sich nur schwach im internationalen Institutionengeflecht. Er plädierte daher für eine langsamere »Globalisierung mit Augenmass«, die auf fairen Freihandelsverträgen beruht, undemokratische Schiedsgerichte ausschliesst, die Verlierer\*innen in den einzelnen Ländern angemessen auffängt und mit Bildung und Umschulung wirksam dabei unterstützt, in neuen Berufen Fuss zu fassen. Viele Menschen, die in den letzten Jahren gegen die grossen Freihandelsabkommen wie TTIP in Massen demonstriert haben, haben das instinktiv begriffen: Öffnung ist nicht per se gut. Es kommt immer darauf an, ob sie für die Mehrheit der Menschen in einem Land gut ist.

Apropos nationale Souveränität: Die Schweiz importiert jährlich für etwa 12 Milliarden Franken fossile Energien. Dieses Geld könnte man in erneuerbare Energien investieren und damit viele gute Arbeitsplätze schaffen.

### **Unsere direkte Demokratie als guter Ausgangspunkt?**

Die Schweiz gehört zu den wenigen Ländern, in denen über das Ausmass der Globalisierung und Europäisierung demokratisch abgestimmt werden

kann. Die meisten bisherigen Entscheide fielen zugunsten einer starken Souveränität und für eine langsame Annäherung an die EU aus. Das Rodrik-Trilemma ist also hier meist zugunsten des souveränen Nationalstaates entschieden worden. Aktuell läuft die Debatte über das Rahmenabkommen mit der EU. Hier stellt sich pointiert die Frage: kann man damit den Lohnschutz gewährleisten oder nicht? Ich finde ja, aber mit klaren Präzisierungen, viele Gewerkschafter glauben nein. Auf jeden Fall sind die flankierenden Massnahmen der Schweiz beispielhaft für Europa und müssen verteidigt werden.

Jahrzehnte lang gingen die meisten Abstimmungen tendenziell wirtschaftsfreundlich aus. Auch wenn es zum Treppenwitz der Geschichte gehört, dass das Bankgeheimnis nicht durch Druck von links, sondern von der fallierenden UBS gesprengt wurde, die den USA 2009 unter Druck die US-Kundendaten auslieferte. Seit der Finanzkrise ist die Stimmbevölkerung nicht mehr so wirtschaftsfreundlich: Das zeigen die Erfolge der Abzocker- und Masseneinwanderungs-Initiativen sowie die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III oder, in einigen Kantonen, der Pauschalbesteuerung.

Wer in der Schweiz noch mehr Demokratie will, muss viel Überzeugungskraft und hartnäckige Marathonfähigkeiten haben. Beides ist möglich. Zur Ausbreitung eines gemeinwohlorientierten Wirtschaftens könnte das Genossenschafts- und Stiftungsrecht gestärkt werden. Im Aktienrecht liesse sich mehr Partizipation für die Mitarbeitenden einbauen. Es wäre auch möglich, die Banken wieder zu dem zu machen, was sie ursprünglich waren: eine Infrastruktur für die Realwirtschaft.

Dazu gehört auch, dass die nicht vermehrbare Natur wie Wasser und Boden allen gehören. In der Schweiz gibt es eine lange Tradition des Allmend- und Milizwesens. Diese Tradition ist anschlussfähig an die Vergemeinschaftung von Wasser und Boden. Dazu gibt es erste vielversprechende Volksentscheide: die Ablehnung der Privatisierung von Wasserwerken und der Rückkauf von grossen (Industrie)Bodenflächen in rot-grün dominierten Städten, ja selbst in bürgerlich dominierten Kantonen. Auch das Genossenschaftswesen im Wohnungsbereich ist wieder am Aufblühen.

Will die Mehrheit der Menschen aber wirklich so viel Demokratie? Am Morgen mitreden, was in der Firma geht, am Abend die Diskussion in der Wohngenossenschaft, ob energetische Sanierungen gemacht werden, und am Wochenende, die Auseinandersetzung mit den Fragen, über die abgestimmt wird? Das kann auf Dauer auch sehr anstrengend sein und muss auf jeden Fall dadurch gestützt werden, dass die Menschen sich dank der Demokratie als einflussreich und mitgestaltend erleben und für ihr demokratisches Engagement genügend Zeit haben.

## **Kann man den Kapitalismus zivilisieren?**

Das neoliberale Dogma des Gegensatzes von Markt und Staat ist auf jeden Fall Nonsense. Ganz grundsätzlich. Spätestens seit der Finanzkrise ist es auch noch total ungläubwürdig. Es gibt eine grosse Anzahl von Misch- und Zwischenformen, die gut funktionieren, nicht nur in der Schweiz: Öffentliche Unternehmen im Besitz von Bund, Kantonen oder Gemeinden, Firmen im Eigentum ihrer Mitarbeitenden oder solche, bei denen Mitarbeitende ihre Chefs selber wählen können. Und viele andere Formen. Ist es nicht der helle Wahnsinn, dass fast alle Staaten die Airlines mit billigem Benzin subventionieren? Wo bleibt hier die Trennung von Staat und Markt? Solche Zusammenhänge gilt es öffentlich zu machen.

Im Westen glauben viele Menschen zum ersten Mal, dass es ihren Kindern dereinst schlechter gehen wird als der eigenen Generation. Lange war das Gegenteil der Fall: Es herrschte Zukunftshoffnung. Die Angst vor dem Abstieg der nächsten Generation ist hochgradig demokratiegefährdend. Wenn eine Gesellschaft keine positiven Zukunftsvisionen mehr hat, dann tendiert sie zur Regression. Wer keine Zukunftshoffnung hat, will nur noch in der Gegenwart leben und verklärt die Vergangenheit. Darauf bauen alle rechtsnationalen Kräfte. Deshalb muss das Konzept einer starken Demokratie mit Entwürfen für eine erstrebenswerte Zukunft verbunden sein.

Statt für die Überwindung des Kapitalismus (was immer das heisst) plädiere ich für die Eindämmung des Finanzfeudalismus zugunsten einer ökosozialen Marktwirtschaft. Wir müssen das Verhältnis von Mensch und Wirtschaft wieder vom Kopf auf die Füsse stellen. Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt. Sie ist ein Mittel zur Erreichung eines eigenständigen Lebens für die Bevölkerung und nicht ein Selbstzweck, der alle Mittel heiligt. Eine ökosoziale Marktwirtschaft konsumiert nicht die Lebengrundlagen unseres Planeten, sondern geht sorgfältig mit ihnen um und investiert in ressourcenschonende Innovationen. Es gibt heute überall in Europa Firmen, Städte, Dörfer, Projekte und Gemeinschaften, die sich dieser Herausforderung stellen und Neues schaffen. Im Vordergrund steht dabei der Aufbau eines geschlossenen Ressourcen-Kreislaufs mit *zero waste* und der Stärkung der lokalen Wirtschaft. Das besonders Attraktive an den zugehörigen Arbeitsformen ist zudem, dass sie nicht entfremdet sind. Interessant ist auch der Trend zum Minimalismus-Lifestyle, der viele Junge anspricht. Man stelle sich vor: In Westeuropa besitzt jede Person im Schnitt 99 Kleider (ohne Socken und Unterwäsche), von denen 40 Prozent nie getragen werden. Dieser Form von Konsumwahnsinn kehrt der Minimalismus-Lifestyle den Rücken.

Und unter uns gesagt: Bei der Kreislaufwirtschaft könnten die rot-grünen Städte wesentlich mehr Ehrgeiz entwickeln, als sie es heute tun. Das Konzept ist auch anschlussfähig für konservative ländliche Kreise.

## **Digitalisierung und Demokratie**

Eine Dimension fehlt mir in den Thesen: Die Digitalisierung. Viele Leute fürchten sich vor dem digitalen Kapitalismus, der Jobs an Maschinen auslagert – und das in atemberaubender Geschwindigkeit. Algorithmen, Roboter und künstliche Intelligenz könnten auch zu einer Chance für die Menschen werden, wenn wir sie aktiv und human gestalten. Sie ermöglichen im Grundsatz auch neue Formen der Selbstbestimmung. Sie könnten uns erlauben, nur noch halb so viel erwerbstätig zu sein, und uns damit Zeit für Familie, Gemeinnützigkeit und das Entwickeln einer regional verankerten Share-Ökonomie geben. Und sie hilft, die Menschen international zu vernetzen und damit auch Druck auf die internationalen Institutionen auszuüben.

Die Digitalisierung könnte die dezentrale Produktion wieder attraktiv machen und damit helfen, die Masse an Gütern, die jeden Tag mit 60'000 Containerschiffen auf den Weltmeeren transportiert und dann in Lastwagen feinverteilt werden, radikal zu reduzieren.

Voraussetzung ist, dass wir kluge Formen finden, den Einsatz der Technologie zu kontrollieren und zu humanisieren. Ich weiss, es gibt auch viele Risiken. Da ist noch sehr viel Denk- und Programmierarbeit nötig<sup>1</sup>.

## **Vieles ist möglich, wenn man es tut**

Wie gesagt: Für eine starke Demokratie ist das Schweizer Modell der direkten Demokratie eine gute Ausgangslage. Was mich optimistisch stimmt, ist das weltweite Engagement der Jugend gegen den Klimawandel. Sie sind digital global vernetzt und analog vor Ort sichtbar in ihren Städten. Sie werden ihre Zukunft weiterhin mitgestalten wollen – international vernetzt. Da wird einiges möglich werden. Wenn sie ihr Potenzial erkennen.

### **Fussnote**

1 Einen guten Anfang macht das Papier der SPS von Jean Christoph Schwaab (2018): Ein sozialdemokratisches Projekt für den Umgang mit der digitalen Revolution

### **Literatur**

Battiston Stefano, Glattfelder James B., Vitali Stefania (2011). The Network of global corporate control. ETZ Zürich. Online unter [https://arxiv.org/PS\\_cache/arxiv/pdf/1107/1107.5728v1.pdf](https://arxiv.org/PS_cache/arxiv/pdf/1107/1107.5728v1.pdf) (gelesen am 1.3.19)

Hofstetter Yvonne (2018): Das Ende der Demokratie. Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt. München

Rodrik Dani (2011): Das Globalisierungsparadox. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft. München

Schwaab Jean Christoph (2018): Ein sozialdemokratisches Projekt für den Umgang mit der digitalen Revolution. Bern